



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Dr. Franz Rieger, Wolfgang Fackler, Eric Beißwenger, Martin Bachhuber, Volker Bauer, Barbara Becker, Alex Dorow, Holger Dremel, Alexander Flierl, Max Gibis, Alfred Grob, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Andreas Jäckel, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Klaus Steiner, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Gerald Pittner, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Entschlossenes Eintreten für die Geldwertstabilität – Solide Finanzen in der EU statt ultralockerer Geldpolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Nachdem die EU-Mitgliedstaaten während der Coronapandemie als Notfallkonzept Rekordschulden aufgenommen haben, ist nun eine Debatte zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts eröffnet. Der Landtag tritt Überlegungen entgegen, die Stabilitätskriterien des Vertrages von Maastricht weiter abzuschwächen und den Stabilitäts- und Wachstumspakt für Klimainvestitionen aufzuweichen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat sich bewährt und auch in Krisenzeiten als ausreichend flexibel erwiesen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt überarbeitet und gestrafft wird, er aber weiterhin Schuldenaufnahme und Haushaltsdefizite deckelt sowie keine Ausnahmen für Klimainvestitionen enthält. Die Corona-bedingte Politik des billigen Geldes darf nicht zur Normalität werden und eine europäische Stabilitätskultur muss bewahrt werden. Es ist an der Zeit, einen Ausweg aus dem währungspolitischen Krisenmodus zu finden.

Der Landtag betont, dass auch und gerade angesichts der aktuellen Inflationsentwicklung und der dort liegenden Risiken eine stabile und nachhaltige Finanzpolitik in Europa sowie eine solide Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten wichtiger denn je ist. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass nach dem Rücktritt von Dr. Jens Weidmann als Präsident der Bundesbank dort weiterhin eine starke und entschlossene Stimme als Bewahrer der Geldwertstabilität eintritt.

Begründung:

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist ein wichtiges Instrument, um die Verschuldung im Euroraum in vertretbaren Grenzen zu halten. Er begrenzt das Haushaltsdefizit auf drei Prozent der Wirtschaftsleistung und die Gesamtverschuldung auf 60 Prozent. Bis Ende 2022 ist er wegen der Coronakrise ausgesetzt.

Wenn SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sich bereits in den Sondierungsgesprächen auf Bundesebene darauf festlegen, auf Grundlage des Stabilitäts- und Wachstumspakts für nachhaltige und klimafreundliche Investitionen zu sorgen, gibt das Anlass zur Sorge um die finanzpolitische Nachhaltigkeit in Europa. Zum einen ist es völlig offen, welche konkreten Investitionen nachhaltig und klimafreundlich sind. Zum anderen bleiben Schulden Schulden – und diese sind zurückzuzahlen. Finanzielle Solidarität der EU-Mitgliedstaaten ist nicht verhandelbar, sondern Grundlage für einen funktionierenden Euro.

Solide Finanzen dienen vor allem dazu, die Überlastung künftiger Generationen zu vermeiden und in guten Jahren Rücklagen als finanziellen Puffer für kommende Krisen zu bilden. Gerade weil sich die EU-Mitgliedstaaten in der Vergangenheit oftmals nicht an den Stabilitätspakt gehalten haben, sollten jetzt nicht zusätzliche Ausnahmen eingeführt werden. Vielmehr sollten die – auch für die Fachleute der EU-Kommission nur schwer vollziehbaren – Einzelbestimmungen des Paktes gestrafft und der Pakt dadurch wieder effizienter gemacht werden. Schließlich erfüllt dieser Pakt keinen Selbstzweck, sondern bildet die Basis einer nachhaltigen Finanz- und Geldwertpolitik.